



HLPF 2026 Roundtable



SDG 11: Nachhaltige Städte und Gemeinden

21. November 2025, 09:30 – 12:30 Uhr, Berlin

Der von SDSN Germany organisierte Roundtable zu SDG 11 („Nachhaltige Städte und Gemeinden“) brachte etwa 30 Expert*innen aus Kommunalverwaltungen, Bundesressorts, Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und kommunalen Netzwerken zusammen. Ziel war es, Beiträge Deutschlands zur Umsetzung der Agenda 2030 für Nachhaltige Entwicklung und zum High-Level Political Forum (HLPF) 2026 zu diskutieren und zentrale Hebel für eine beschleunigte nachhaltige Stadt- und Regionalentwicklung zu identifizieren. Die Diskussion fand unter der Chatham-House-Regel statt. Im Mittelpunkt standen SDG 11 und seine Querbezüge zu den weiteren Schwerpunktzielen des HLPF 2026: SDG 6 („Sauberes Wasser und Sanitäreinrichtungen“), SDG 7 („Bezahlbare und saubere Energie“), SDG 9 („Industrie, Innovation und Infrastruktur“) sowie SDG 17 („Partnerschaften zur Erreichung der Ziele“).

Zentrale Erkenntnisse und Handlungsperspektiven

Städte und Gemeinden sind entscheidende Akteure für die Umsetzung von Nachhaltigkeitszielen. Sie bündeln Innovationen, haben einen direkten Einfluss auf die Gestaltung von Mobilität, Infrastruktur und Energieversorgung und können unmittelbar Herausforderungen wie soziale Ungleichheiten und Umweltbelastungen adressieren. Im polyzentrischen Deutschland entsteht Nachhaltigkeit nicht nur in den Metropolen, sondern vor allem auch in den vielen mittleren und kleineren Städten sowie im ländlich geprägten Raum.

Die einleitenden Beiträge verorteten den Roundtable in einer schwierigen geopolitischen und finanziellen Lage. Betont wurden eine Vertrauens- und Finanzierungskrise des Multilateralismus, ein hoher Druck auf die Agenda 2030 als gemeinsames Leitbild und eine insgesamt gemischte Umsetzungsbilanz: rund 35% der Ziele sind auf dem Weg weltweit bis 2030 umgesetzt zu werden oder verzeichnen moderaten Fortschritt, bei 30% der Ziele gibt es geringfügigen Fortschritt und bei weiteren 35% stagniert die Umsetzung oder ist sogar rückläufig. Einigkeit bestand darin, dass ein Großteil der SDGs nur „mit und in“ Städten, Gemeinden und Landkreisen erreicht werden kann und dass die kommunale Ebene daher konsequent gestärkt werden muss.

In den inhaltlichen Impulsen wurden nicht-nachhaltige Lebensweisen als Ausdruck systemischer Fehlsteuerungen beschrieben. Statt einer Fokussierung auf individuellen Verzicht wurden systemische Ansätze eingefordert. Diese koppeln technische Infrastrukturen und politische Steuerung enger miteinander und schaffen langfristig stabile, resiliente Strukturen. Dazu gehören die Verknüpfung von Energie-, Wärme-,



Verkehrs- und Wassersystemen, stabile politische Koalitionen und Planungssicherheit für Investitionen sowie innovative Formate wie Living Labs und Reallabore. In diesen können Kommunen gemeinsam mit Zivilgesellschaft, Unternehmen und Hochschulen lokal passende Lösungen entwickeln und erproben. Wiederkehrend war der Ruf, die Zusammenarbeit zwischen Ressorts und innerhalb von Verwaltungen zu stärken und diese politikfeldübergreifende Kooperation auch institutionell zu verankern.

Kommunale Praxisbeispiele und Governance-Ansätze

Die vorgestellten Praxisbeispiele aus Kommunen verdeutlichen, wie die Agenda 2030 in strategische und operative Steuerung übersetzt werden kann. Vorgestellt wurden Städte und Landkreise, die ihre Leitbilder explizit an den SDGs ausrichten, Zielsysteme entwickeln und freiwillige lokale Berichte (Voluntary Local Reviews, VLRs) als Instrumente zur Fortschrittsmessung und Strategiebildung nutzen. Haushaltsmittel werden zunehmend mit Nachhaltigkeitszielen verknüpft, wie beispielsweise in Mannheim. In kleineren Kommunen wie in Geestland, spielen niedrigschwellige Instrumente eine besondere Rolle, etwa Ratsinformationssysteme mit verpflichtender SDG-Zuordnung oder die Unterstützung durch regionale Energie- und Klimaschutzagenturen.

Im Bereich Klima- und Energiepolitik diskutierten die Teilnehmenden Beispiele kommunaler Wärmeplanung, den Ausstieg aus fossiler Energiegewinnung, den Ausbau erneuerbarer Energien und nachhaltige Quartiersentwicklung. Konkrete Beispiele kamen unter anderem aus dem Landkreis Oldenburg oder der Stadt Mannheim, wo durch Wärmeplanung, die Stilllegung eines fossilen Heizkraftwerks, die Prüfung innovativer Lösungen wie Flusswärmepumpen sowie den Ausbau von Ladeinfrastruktur und bürgerschaftlichen Mobilitätsangeboten („Bürger*innenautos“) an integrierten Klimastrategien gearbeitet wird.

Betont wurde, dass Investitionen in Klima- und Nachhaltigkeitsmaßnahmen auch ökonomisch sinnvoll sind und dass Kürzungen in diesen Bereichen langfristig höhere Folgekosten verursachen können. Der Themenkomplex Wasser, Abwasser und Klimaanpassung machte die wachsende Bedeutung von SDG 6 deutlich. Diskutiert wurden Trockenperioden, sinkende Grundwasserspiegel, Zielkonflikte zwischen Landwirtschaft, Trinkwasserschutz und Siedlungsentwicklung sowie naturbasierte Anpassungsmaßnahmen. Internationale Betreiberpartnerschaften im Wasserbereich wurden als wirksames Instrument hervorgehoben, mit dem kommunale Unternehmen technisches Know-how austauschen und gemeinsam Verantwortung für eine widerstandsfähige Wasser- und Abwasserversorgung übernehmen.

Ein weiterer Schwerpunkt lag auf der Verzahnung von Bildung, Jugend und gesellschaftlichem Engagement mit kommunalen Nachhaltigkeitsstrategien. Genannt wurden Studierendenprojekte zur Fortschreibung von VLRs, Repair Cafés, inklusive Biodiversitätsprojekte und internationale Jugendcamps. Diese ermöglichen, junge Perspektiven und Nachhaltigkeitsideen in lokale Prozesse einzubringen und diese zu verstetigen.

Strukturelle Herausforderungen und zentrale Hebel für die SDG-Umsetzung

Gleichzeitig wurden strukturelle Hindernisse betont. Verfestigte sektorale Politik- und Verwaltungsstrukturen, komplexe Zuständigkeiten, begrenzte personelle Ressourcen und eine angespannte Haushaltslage erschweren nachhaltige Entwicklung auf kommunaler Ebene. Zielkonflikte bestehen insbesondere im Hinblick auf Flächennutzung, Wasserqualität, Wohnraum und sozialgerechter



Wärmewende. Datenlücken – etwa beim Wasserverbrauch oder Umweltindikatoren – erschweren Priorisierung und Steuerung.

Aus der Diskussion lassen sich zentrale Hebel für die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele ableiten: Governancestrukturen über die lokale, nationale und internationale Ebene hinweg stärken, kommunale Nachhaltigkeitsbeiräte ausbauen, klare Kommunikationskanäle zwischen den Ebenen sicherstellen und die Sichtbarkeit von Kommunen in internationalen Prozessen stärken. Peer-Learning-Formate – national wie international – sollten ausgebaut werden. Ebenso wichtig ist der gezielte Abbau von Datenlücken sowie die Weiterentwicklung von Monitoring- und Berichtssystemen. Reallabore und andere Innovationsformate wurden als entscheidend angesehen, um erfolgreiche lokale Lösungen zu verbreiten und strukturelle Voraussetzungen für ihre Skalierung zu schaffen.

Der Roundtable machte deutlich, dass Kommunen, Netzwerke, Wissenschaft und zivilgesellschaftliche Akteur*innen bereit sind, einen aktiven Beitrag zum deutschen Engagement beim HLPF 2026 zu leisten. Im Zentrum steht ein systemischer Blick auf nachhaltige Städte und Gemeinden, der Governance, Daten, Finanzierung, Bildung und internationale Partnerschaften zusammenführt. Die Beiträge zeigten, dass in Deutschland vielfältige Ansätze bestehen, um SDG 11 und seine Querbezüge zu SDG 6, 7, 9 und 17 voranzubringen. Entscheidend wird sein, strukturelle Hindernisse abzubauen, erfolgreiche Praxis zu skalieren und Kommunen als zentrale Akteur*innen der Agenda 2030 zu stärken.

Sustainable Development Solutions Network Germany (SDSN Germany)

Geschäftsstelle c/o German Institute of Development and Sustainability (IDOS)

Tulpenfeld 6, 53113 Bonn | +49 (0)228 94927-237 | info@sdsnigeria.de | www.sdsnigeria.de